

Petra Sitte

Meine Bilanz im Bundestag
2009–2013



www.petra-sitte.de/bilanz



Inhalt

Vorwort	3
Biografie	4
Über meinen Wahlkreis	5
Vor Ort – für Halle	7
Wer erarbeitet das Wissen für morgen?	8
Unser Land sozial und ökologisch gestalten	10
Die digitale Revolution als Chance	12
Werte und Ethik in der Politik	14

Vorwort

Die vier Jahre der 17. Wahlperiode des Bundestags sind fast vorüber. Wieder habe ich als Oppositionspolitikerin versucht, im Parlament, in den Ausschüssen und der Enquete-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* die richtigen Fragen zu stellen und konkrete Alternativen einzubringen. Ich habe mich mit vielen Sachverständigen aus den unterschiedlichen Politikfeldern beraten und habe Netzwerke für eine gute linke Politik geknüpft. Eines haben Wissenschafts-, Innovations- und Netzpolitik gemeinsam: Sie stellen immer wieder althergebrachtes Wissen und oft auch Gewissheiten in Frage. Genau bei diesem Prozess versuche ich, mit offenen Ohren dabei zu sein. Es geht oftmals darum, überhaupt erst zu definieren, was eine LINKE Innovations- oder Netzpolitik sein und leisten kann. Denn auch in diesen Bereichen stellen sich die gleichen sozialen Fragen der Existenzsicherung und Teilhabe wie in anderen Politikfeldern. Wie kann der Fortschritt so gestaltet werden, dass er uns nicht überrollt, sondern zu einem besseren und selbstbestimmten Leben für alle beiträgt? Diese Frage begleitet meinen politischen Alltag – ob in Halle oder in Berlin.

Ich möchte Ihnen nun mit dieser Broschüre die Bilanz meiner Arbeit der letzten vier Jahre vorstellen. Dabei soll deutlich werden, welche Positionen sich während der Bearbeitung der Probleme ergeben haben und welche Erfolge errungen werden konnten.

Beginnen möchte ich zunächst mit meiner Wahlkreisarbeit als direkt gewählte Abgeordnete aus Halle und als Stadträtin. Natürlich will ich Ihnen Ergebnisse aus der Wissenschafts-, Innovations- und Netzpolitik vorstellen. Abschließend liegen mir Themen am Herzen, bei denen ethische Abwägungen in den Mittelpunkt der Entscheidung rücken. In all diesen Bereichen konnten wir immer auch in unserer Oppositionsrolle ganz konkrete Erfolge erzielen, die bei einer Bilanz nicht verschwiegen werden sollen. Wer neue Entwicklungen nicht nur begleitet, sondern sie für Menschen sozial und gerecht ausgestalten will, muss immer wieder dazu lernen. Es geht mir nicht darum, mich nur an den Fehlern anderer Parteien abzarbeiten. Ich möchte Ihnen eine kluge und soziale Alternative bieten.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht Ihnen

Petra Sitte

Biografie

Mein Leben begann 1960 in Dresden. Nach dem Abitur 1979 studierte ich Volkswirtschaftslehre an der *Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*. Durch das Studium bin ich Hallenserin aus Überzeugung geworden. Mit dem Diplom im Gepäck blieb ich an der *MLU Halle-Wittenberg* und promovierte 1987 zu einem volkswirtschaftlichen Thema. Seit 1981 war ich Mitglied der SED, danach Mitglied der PDS. In der turbulenten Wendezeit bin ich schnell in die konkrete Politik gerutscht. 1990 wurde ich in den ersten Landtag unseres Bundeslandes gewählt und gestaltete dann über 15 Jahre die Politik in Sachsen-Anhalt mit. Als Wissenschaftspolitikerin und auch als Fraktionsvorsitzende habe ich die Situation hier bei uns von Grund auf kennengelernt. 2004 wurde ich Stadträtin in Halle, um an der Entwicklung meiner Heimatstadt ganz konkret vor Ort mitzuwirken. Bereits Anfang der 90er Jahre begleitete ich die Gründung des Technologie- und Gründerzentrums *weinberg campus e.V.*, dessen Entwicklung ich seitdem im Aufsichtsrat unterstütze.

2005 zog ich als Mitglied der damals in Gründung befindlichen Linkspartei in den Bundestag ein. Seitdem spielt sich mein Leben zwischen den Polen Halle und Berlin ab. Für meine zweite Bundestagsperiode wurde ich 2009 für den Wahlkreis Halle direkt gewählt – eine schöne Überraschung und zugleich die Verpflichtung, die



Interessen unserer Stadt im Bundestag intensiver zu vertreten.

Ein großes Anliegen ist mir auch die Förderung der Kultur in meinem Wahlkreis. Halle als »Kulturhauptstadt Sachsen-Anhalts« besitzt ein reichhaltiges Angebot kultureller Einrichtungen. Damit das so bleibt, unterstütze ich nicht nur den *Kunstverein Talstraße* und das *Künstlerhaus 188*, sondern auch die *Willi-Sitte-Galerie* in Merseburg und das Kinder- und Jugendhaus Halle.

Ich engagiere mich fachlich vor allem in der Wissenschafts- und Netzpolitik, aber auch ethische Fragen beschäftigen mich sehr. Meine zweite Leidenschaft neben der Politik gilt dem Sport. An meinen wenigen freien Tagen schwingen mich auf das Rennrad.

Über meinen Wahlkreis

Nach dem Ende der DDR mussten Halle und die gesamte Region den gewaltigen Abbau von Arbeitsplätzen verkraften und einen massiven Strukturwandel gestalten, was bis heute nachwirkt – im Stadtbild und in vielen Familien. Gemeinsam sind wir seitdem beharrlich dabei, eine lebenswerte und spannende Stadt mit interessanten Perspektiven zu schaffen.

Die *Martin-Luther-Universität*, die *Kunsthochschule Burg Giebichenstein*, die *Leopoldina* und zahlreiche weitere Einrichtungen prägen mehr und mehr das Hallesche Bewusstsein als bedeutender Standort der Bildung, Forschung und Wissenschaft. Dafür stehen auch die *Franckeschen Stiftungen*, welche die Umsetzung eines Bildungsanspruchs symbolisieren, der es Waisenkindern oder

Kindern aus ärmsten Verhältnissen ermöglichte, soziale Fesseln beim Lernen abzustreifen. Davon können wir auch heute noch viel lernen.

Mich beeindruckt die sanierten architektonischen Kleinode Halles ebenso wie die neuen kreativen Standorte, in denen Wissen für Morgen geschöpft wird. Und nicht zuletzt bin ich bei meinen Radtouren durch Stadt und Umland immer wieder fasziniert von der Schönheit der gesamten Region: Die malerischen Ufer der Saale und der Weißen Elster, die Felsenbühne in Landsberg oder der Petersberg – überall in und um Halle finden Natur und Kultur zusammen. Deshalb bin ich seit 1979 Hallenserin aus Überzeugung und fühle mich den Menschen hier sehr verbunden.



Ganze 117 Tage streikten sie im vergangenen Jahr für eine bessere Bezahlung und einen eigenen Tarifvertrag. Diesen erfolgreichen Arbeitskampf habe ich voller Bewunderung auch überregional hörbar gemacht. An der ein oder anderen Stelle konnte ich auch ganz praktisch helfen – sei es durch warmen Kaffee und ein offenes Ohr im Streikzelt oder durch Vermittlung über den Aufsichtsrat der kommunalen Sparkassen.

Arbeitskampf bei S-Direkt

Dass sich das Kämpfen lohnt, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von S-Direkt bewiesen.



Vor Ort – für Halle

Als Bundestagsabgeordnete und Stadträtin ist es mein Herzensanliegen, die Gegenwart und Zukunft unserer Stadt »vor Ort« aktiv mitzugestalten. Das ist zeitlich nicht immer einfach zu koordinieren. Dennoch versuche ich, mich in den städtischen Ausschüssen für Bildung, Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und Sport mit aller Kraft einzubringen. Gerade in Halle sind uns dabei leider enge finanzielle Grenzen gesetzt. Umso wichtiger ist es, mit unserer starken LINKE-Fraktion dafür zu sorgen, dass soziale Anliegen wie kostenlose Schulspeisung und auch die lebendige Kulturszene unserer Stadt nicht vollends eingespart werden. Eines wird mir hierbei immer wieder bewusst: Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern können wir viele ungerechte Kürzungen verhindern und zukunftsweisende Projekte auf den Weg bringen. Eine aktive Stadt lebt von aktiven Menschen!

Ein wichtiger Aspekt meiner Arbeit im Wahlkreis war 2012 der Kampf gegen den Verkauf der *TLG-Immobilien*gesellschaft durch den Bund. In Halle waren immerhin über 200 Wohnungen von dieser Privatisierung betroffen. Die LINKE gründete eine eigene Genossenschaft, um diese Wohnungen bei fairen Mieten zu retten. Leider ließ man uns die Wohnungen nicht kaufen, weshalb wir nicht verhindern konnten, dass nun ordentlich Kasse auf Kosten der Mieterinnen und Mieter gemacht wird.

Hier wurde eine große Chance vertan, den Weg zu einer sozialen Stadt zu beschreiten, in der sich alle Menschen bedarfsgerechten Wohnraum leisten können. So hoffe ich, dass die nun gegründete Genossenschaft zum Erhalt und zur Restaurierung des *Peißnitzhauses* Erfolg haben wird. Unabhängig von diesen großen Aktionen versuche ich vor Ort für alle Bürgerinnen und Bürger ansprechbar zu sein. Ob nun in meinen Sprechstunden im Büro, beim monatlichen LINKEN-Stammtisch *Meinungsfrei*, bei Stadtteilfesten oder im direkten Gespräch mit Vereinen und Initiativen. Der direkte Kontakt liegt mir am Herzen und ich bin stets aufs Neue beglückt über die vielen spannenden Begegnungen, die mir meine Arbeit ermöglichen. Meine Erfahrung dabei ist: Der Dialog und die Möglichkeit zur Partizipation werden gerne angenommen. Die Umgestaltung des Hufeisensees, die Rolle der migrantischen Communities oder die finanziellen Sorgen der Kinder- und Jugendeinrichtungen in unserer Stadt – diese und viele weitere Fragen konnte ich in den letzten vier Jahren mit den Betroffenen direkt erörtern. Zudem diskutierte ich mit Interessierten in einer eigenen Veranstaltungsreihe über zukunftsweisende Themen wie Datenschutz und Digitalisierung. Ziel meiner Arbeit ist es, dass Halle selbst aktive Quelle für wissenschaftliches und kulturelles »Wissen für morgen« werden kann.

Wer erarbeitet das Wissen für morgen?

Wissen bestimmt unser Leben. Es ist eine Ressource sowohl für die gesellschaftliche Entwicklung, wie auch für die Lebensperspektiven jedes Einzelnen. Mein Ziel ist es, dass Bildung und neues Wissen allen zu Gute kommen. Das gilt für Kitas als Bildungseinrichtungen über eine gerechte Schule bis zu Universitäten und Forschungseinrichtungen. Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion DIE LINKE habe ich mich für ein offenes und gebührenfreies Bildungs- und Wissenschaftssystem eingesetzt. Mein besonderes Augenmerk galt den

Hochschulen und Forschungsinstituten sowie den Menschen, die dort lernen und arbeiten. Wer gute Ergebnisse in Forschung und Lehre will, muss gute Arbeitsbedingungen bieten. Besonders in den unterfinanzierten Hochschulen arbeiten gerade junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit kurzen Fristverträgen, noch dazu meistens in Teilzeit. Wer es nach einer langen Reihe von Kettenverträgen nicht auf eine Professur schafft, hat keine Chance zum Verbleib in der Wissenschaft. Ich habe im Bundestag für gute Arbeit in der Wissenschaft gekämpft:

Mehr Sicherheit für Promovierende!

Stipendien sollen Freiheit beim Verfassen der Doktorarbeit bieten. Viele Gespräche mit jungen Promovierenden, die mir ihre Probleme schilderten, zeigten jedoch: Stipendien bieten weniger Perspektive, einen schlechteren Versicherungsstatus und zumeist auch weniger Geld als eine reguläre Stelle. Wir haben als Fraktion bei der Bundesregierung nachgefragt: Werden wirklich immer mehr reguläre Stellen in der Wissenschaft durch Stipendien ersetzt? Die Antwort überraschte: Besonders die Forschungsinstitute

der Max-Planck-Gesellschaft hatten das Instrument der Stipendien über die Maßen genutzt. Promovierende protestierten und initiierten eine zahlreich unterschriebene Petition für ‚fair pay‘ in der Wissenschaft. Im Ergebnis dieses Protestes und unserer Kleinen Anfrage änderte die Max-Planck-Gesellschaft ihre Personalpolitik: Stellen sind nun für Promovierende die Regel, die verbleibenden Stipendien wurden auf mindestens 1365 Euro erhöht. Ein schöner gemeinsamer Erfolg!

Im Herbst 2012 gelang etwas Seltenes: Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben eine gemeinsame Position erarbeitet und als Antrag in den Bundestag eingebracht. Unter dem Titel Frauen in Wissenschaft und Forschung – Mehr Verbindlichkeit für Geschlechtergerechtigkeit ziehen wir eine ernüchternde Bilanz aus über zwanzig Jahren Gleichstellungspolitik in der Wissenschaft. Beim bisherigen Tempo der Gleichstellung wird es erst gegen Ende des Jahrhunderts ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Frauen und

Männern in wissenschaftlichen Entscheidungspositionen geben. Wir Abgeordneten wollen die Einrichtungen für Frauen machen, nicht umgekehrt. Dazu brauchen Hochschulen und Forschungseinrichtungen verbindliche Zielquoten für alle Stufen von der Promotion zur Professur, die je nach Ausgangslage zwischen den Disziplinen variieren können. In Berufungs- und Begutachtungsgremien sollten mindestens 40 Prozent Frauen mitentscheiden. Der Bund muss die Vergabe von Fördermitteln zukünftig an Fortschritte bei der Gleichstellung knüpfen.

Mehr Frauen in die Wissenschaft!

Neue unbefristete Stellen auch im Mittelbau, Mindestvertragslaufzeiten und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung, Initiativen von Studierenden oder Promovierenden, Präsidenten und Rektoren aus der Wissenschaft sowie Gewerkschaften sind meine Gesprächspartner. Meine Themen sind in den vergangenen Jahren durch unsere kontinuierliche Arbeit in den Fokus von Medien und Politik gerückt.

Gute Wissenschaft braucht eine gute finanzielle Grundlage. Besonders habe ich mich für die Unterstützung der ostdeutschen Hochschulen und Forschungsinstitute durch den Bund eingesetzt. Dabei habe ich anwendungsnahe Forschung

unterstützt – ob es nun um Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen oder frei-gemeinnützige Forschungsinstitute geht oder um unsere regional gut verankerten Fachhochschulen. Aber auch die Grundlagenforschung an unseren Universitäten, die besonders unter knappen Länderhaushalten leidet, muss erhalten und ausgebaut werden. Ich habe für meine Fraktion in den Haushaltsverhandlungen auf eine Erhöhung der zu geringen Fördermittel für die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft gedrängt. Dass die Förderung bis 2019 auslaufen soll, werden wir nicht widerstandslos hinnehmen. Wissenschaft bietet Perspektive – auch und gerade für Ostdeutschland. Der Bund muss hier mehr Verantwortung übernehmen.

Zusammen mit unseren Landes- und Kommunalpolitikerinnen und -politikern, mit *ver.di* und der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* haben wir in mehreren Fachgesprächen über die Zukunft des öffentlichen Dienstes in den sich wandelnden Regionen Ostdeutschlands nachgedacht. Wir haben diskutiert, wie soziale und gemeinnützige Dienstleistungen gestaltet werden können, die trotz Wandel der Demografie und im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld alle Menschen erreichen. Wie kann sich Forschungs- und Innovationsförderung wieder stärker den Dienstleistungen und der Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge zuwenden? Neue Technologien allein, wie etwa digitale Verwaltungsgänge, werden nicht ausreichen. Die Erneuerung sozialer Prozesse und Dienstleistungen, etwa in der Pflege, im öffentlichen Verkehr oder bei der Krankenversorgung, sind genauso wichtig.

Die Zukunft des öffentlichen Dienstes

Unser Land sozial und ökologisch gestalten

Wie wir morgen arbeiten und leben, wie wir lernen und kommunizieren – all diese Fragen werden maßgeblich durch die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien und neuer Prozesse beeinflusst.

Innovationen sind für mich nicht nur dazu da, Umsatz und Wachstum zu schaffen. Vor allem sollten sie Beiträge zur Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme sein. So wollen wir die zunehmende Spaltung

von Arm und Reich überwinden und den Verbrauch natürlicher Ressourcen minimieren. Neues Wissen und neue Technologien sollen ein gutes Leben für alle ermöglichen und nicht für wenige.

Wir als Fraktion haben uns dafür eingesetzt, die Förderung von Forschung und Innovationen weiter zu fassen. Um Probleme wie etwa die soziale Spaltung, die Energiewende, den Klimawandel oder die demographische Veränderung zu bewältigen,

brauchen wir nicht nur Technik, sondern auch soziale Veränderungen.

Wir brauchen Ideen, wie Menschen am Krankenhausbett besser versorgt werden können und nicht nur eine Förderung neuer Medikamente oder der Medizintechnik. Wichtiger als das Elektroauto mit viel Steuergeld in den Markt zu drücken, wäre etwa die intelligente Verknüpfung von Bahn, Fahrrad und Auto.

Damit soziale Innovationen überhaupt möglich sind, darf Forschung nicht nur in den Universitäten und in großen Unternehmen stattfinden. Vielmehr ist es ebenso wichtig, dass Probleme und Ideen aus der Gesellschaft aufgegriffen werden. Damit sind gerade regionale Akteure gemeint wie kleine und mittlere Unternehmen (KMU); Patientinnen und Patienten sowie Angestellte in Krankenhäusern und alle

unmittelbar Betroffenen und Mitwirkenden müssen in jede Forschungs- und Entwicklungsphase mit einbezogen werden. Neue Technologien und Innovationen müssen immer wieder daran gemessen werden, wie gut sie die Probleme von Menschen lösen. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass die Beteiligten in Wissenschaft und Unternehmen stärker mit den Menschen ins Gespräch kommen, für die sie Neues entwickeln. Nur so können die Folgen und der Nutzen neuer Technologien und Verfahren abgeschätzt werden.

Politik, Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände, Forschungseinrichtungen und KMU müssen enger zusammenarbeiten. In diesem Sinne haben wir die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, ihre Technologieförderung zu öffnen – für neue Ideen und für die ganze Breite der Akteure.



Die digitale Revolution als Chance

Das Internet wurde einst für die Kommunikation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entwickelt. Bis heute ist eine seiner größten Stärken, den rasend schnellen Austausch von Informationen zwischen Menschen auf der ganzen Welt zu ermöglichen. Die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und sie möglichst allen Menschen zur Verfügung zu stellen, das ist für mich der Kern einer LINKEN Politik rund ums Internet.

›Netz für Alle‹ bedeutet also, dass nicht nur der Anschluss ans Internet Teil des sozialen Existenzminimums ist, sondern dies auch für Endgeräte gelten muss. Ohne Computer oder Smartphone kann ich im Netz nicht mitmachen. Natürlich gehört auch leistungsfähiges Breitbandinternet zur Grundvoraussetzung für digitale Teilhabe. Insbesondere bei uns in Sachsen-Anhalt zeigt sich, dass *Telekom* und Co. nicht bereit oder in der Lage sind, diese flächendeckend anzubieten. Deshalb setzen wir LINKE uns dafür ein, dass die Infrastruktur fürs Internet nicht allein den Kräften des freien Markts überlassen wird. Unter diesen Voraussetzungen habe ich mich seit 2010 in der Enquete-Kommission des Bundestags *Internet und digitale Gesellschaft* engagiert. Starke Partnerinnen für uns LINKE waren dort die von uns benannten Sachverständigen: Annette Mühlberg, die sich bei *ver.di* um Neue Medien, Verwaltungsreform und E-Government kümmert, und Constanze

Kurz, Informatikerin, Buchautorin und Sprecherin des *Chaos Computer Clubs*. Mein Schwerpunkt in der Internet-Enquete lag auf dem Zugang zu digitalen Inhalten. Das bedeutet für mich zum Beispiel eine moderne Medienbildung, die den selbstsicheren Umgang mit Internet und digitalen Medien an Menschen in allen Situationen des Lebens und in jedem Alter vermittelt, statt auf autoritäre Verbote zu setzen.

Im Bereich Bildung und Forschung war es mir wichtig, den freien Zugang zu den Ergebnissen von Forschung und zu Lernmaterialien sowie deren transparente und offene Erarbeitung zu fördern. Ich freue mich, dass die Kommission mit den Stimmen aller Fraktionen dem Bundestag konkrete Schritte empfohlen hat, wie solch ein *Open Access* umzusetzen ist. Schön ist, dass diese Empfehlungen den von mir mitentwickelten Positionen der LINKEN sichtbar ähneln.

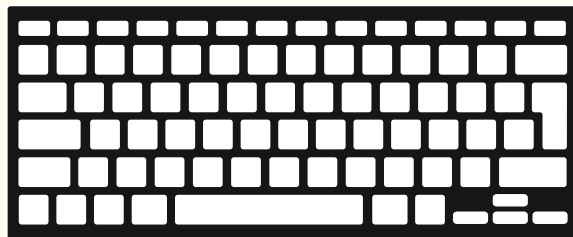
Besonders bedeutend für ein Internet des freien Wissens ist eine Reform des Urheberrechts. Zum einen wollen wir LINKEN hier, dass Kreative endlich angemessen bezahlt werden für ihre Leistungen. Zum andern wollen wir ein Internet, in dem Information geteilt wird und keines, das mit Netzsperrern und Überwachungstechnologie zum Big Brother wird, der die Menschen gängelt oder Abmahnanwälten und -anwältinnen reich werden lässt.



Faire Vergütung und freizügige Nutzung sind die Grundpfeiler der Vorschläge für ein modernes Urheberrecht, wie es die LINKE im Bundestag in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Wir wollen es den Nutzerinnen und Nutzern ermöglichen, kreativ mit vorhandenem Wissen und Kunstwerken umzugehen. Wir setzen uns gegen Pauschalverdächtigungen der Internetnutzer und deren verdachtsunabhängige Überwachung für und durch die Medienkonzerne ein. Entgegen deren Trauergesänge machen viele Konzerne in der Kreativbranche gute Gewinne, während Urheberinnen und

Urheber wie schon vor dem Siegeszug des Internets größtenteils kaum genug zum Leben verdienen. Gemeinsam mit Interessierten haben wir deshalb im Sommer 2012 in einem offenen Arbeitsprozess einen Gesetzentwurf zur Reform des Urhebervertragsrechts entwickelt, der faire Bezahlung für Kreative endlich ermöglichen soll. Die gemeinsame Erarbeitung des Gesetzentwurfs in einem transparenten Prozess ist auf breite Zustimmung gestoßen und unsere Kernforderungen werden mittlerweile auch von anderen Parteien übernommen.

Ein Urheberrecht für das 21. Jahrhundert!



In den vergangenen Jahren haben mich Geschichten von Familien sehr berührt, die keine Kinder bekommen können und von Frauen, die wiederholt Totgeburten oder schwerstbehinderte Kinder mit oft nur kurzer Lebensdauer zur Welt gebracht haben. Verantwortlich dafür sind häufig Mutationen an einzelnen Genen, die zum Teil durch Tests überprüft werden können. Menschen mit diesen Vorgeschichten, welche Hinweise auf eine familiäre genetische Belastung geben, wollte ich gerne bei ihrem Recht auf Familiengründung unterstützen. Daher habe ich zusammen mit Abgeordneten anderer Fraktionen ein Gesetz zur Zulassung der Präim-

plantationsdiagnostik in Ausnahmefällen initiiert. Mit Hilfe der PID können schon rein technisch keine Designerbabies gezeugt werden, die auch ich grundsätzlich nicht will. Auch genetische Veränderungen, mit denen es sich zunehmend gut leben lässt, wie Trisomie 21, fallen nicht in den Geltungsbereich der PID. Das war mir besonders wichtig. Es geht vielmehr um etwa 200 Paare und Frauen in Deutschland mit oft langen Leidensgeschichten und um einige wenige sehr schwerwiegende genetische Erkrankungen. Ich bin froh, dass gegen andere Positionen unser Vorschlag die Mehrheit des Bundestages überzeugt hat.

Kinderwunsch ermöglichen.



Werte und Ethik in der Politik

Als Politikerin werde ich für konkrete Positionen, die ich vertrete, aber auch für Haltungen, die mich im Hintergrund antreiben und leiten, gewählt. Ich verfolge aber auch mit besonderer Aufmerksamkeit Themen, bei denen ethische Betrachtungen und Wertfragen in den Mittelpunkt von Entscheidungen rücken.

Das sind zum einen ethische oder bio-ethische Themen, bei denen es um direkte Konsequenzen für die Selbstbestimmung des Menschen und für sein Leib und Leben geht. Als Bundestagsabgeordnete habe ich mich insbesondere dafür eingesetzt, dass eine streng kontrollierte Forschung an embryonalen und adulten Stammzellen möglich ist, dass es gesetzliche Standards für genetische Untersuchungen sowie eine rechtliche Grundlage für Patientenverfügungen gibt. Aktuell unterstütze ich ein gesetzliches Vorhaben für die sogenannte vertrauliche Geburt, die Frauen in schwierigen persönlichen Lagen erlaubt, ihr Kind vorübergehend anonym auf die Welt zu bringen. Bei der Abwägung zwischen unterschiedlichen Positionen sind für mich das Selbstbestimmungsrecht der Frau sowie öffentlich garantierte und überprüfbare Leistungen wichtige leitende Prinzipien.

Neben Fragen mit unmittelbaren existenziellen Folgen für den Menschen beschäftigen mich Entwicklungen in der angewandten Forschung, die oft erst auf lange Sicht, dafür aber nachdrücklich und

kaum rückholbar wirken. Bevor wir zum Beispiel im Rahmen der Nano-Offensive des Bundesministeriums für Bildung und Forschung viel Geld in die Entwicklung und Produktion von Nano-Materialien investieren, müssen wir aus meiner Sicht genauere Kenntnisse über ihre gesundheitlichen Gefahren haben. Ich habe mich daher für mindestens zehn Prozent der Mittel für Risikoforschung eingesetzt und unterstützte ein Moratorium für Nanoprodukte mit ungebundenen Teilchen, die über Atmung, Lebensmittel, Kosmetika und Alltagsgüter in Körper und Umwelt gelangen. Erste Forschungsergebnisse über Schäden an Wassermikroorganismen durch ausgespültes Nanosilber aus Textilien bestätigen, wie wichtig Vorsorge im Umgang mit neuen Technologien ist. Kritisch begleite ich den Trend, dass zivile Sicherheitsforschung militärisch genutzt werden soll. Ein kleiner Erfolg ist, dass das Programm für zivile Sicherheit nach vielen Einwänden unsererseits mittlerweile einen Schwerpunkt enthält, in dem die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Sicherheit und Freiheitsrechte untersucht wird. Die vielen Anfragen der LINKEN an die Bundesregierung zu Sicherheitsforschungsprojekten mit Privatunternehmen und rüstungsrelevanten Instituten an Hochschulen unterstützen die Bewegung für Zivilklauseln an Universitäten und Fachhochschulen.

Impressum

V.i.S. d.P.: MdB Dr. Petra Sitte
Platz der Republik 1
11011 Berlin
www.petra-sitte.de

Diese Broschüre darf nicht zu
Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Die Texte und Fotografien dieser
Broschüre stehen mit Ausnahme der
im Folgenden angegebenen unter
der Creative-Commons-Lizenz
*Namensnennung – Weitergabe unter
gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland*
([http://creativecommons.org/licenses/
by-sa/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/)).



Bilder Titelseite und Seite 2:

© Uwe Steinert

Bild Seite 6:

© Katja Müller

Diese Broschüre als PDF mit weiteren
Informationen finden Sie auf
www.petra-sitte.de/bilanz